

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

es ist noch gar nicht so lange her, da warb bei Kommunalwahlen die maßgebliche politische Kraft im heimischen Raum mit dem Slogan:

Kamen OK, weiter SPD.

Nun haben wir zwischenzeitlich erfahren müssen, dass diese auf ein Zukunftsversprechen aufgebaute Parole mit dem Tenor: „Macht Euch keine Sorge, wir machen das schon“ ihr Ziel weitestgehend verfehlt hat.

Ich will nicht sagen, dass - wie man so zu sagen pflegt - der Karren in den Dreck gefahren ist.

Aber: Das mit der Einführung des NKF verbundene Luftholen in Bezug auf die Vermeidung eines HSK hat sich schon sehr bald als eher kurzatmig erwiesen - der vorliegende Haushaltsplan weist im Ergebnis ein Defizit - also einen Fehlbetrag von nicht weniger als 8,5 Millionen Euro aus!

Wenn es nicht in absehbarer Zeit gelingen sollte, hier zu akzeptablen Größenordnungen zu kommen, stehen wir genau wieder da, wo wir schon im Jahre 2004 angekommen waren: unter dem Damoklesschwert, ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen, ohne konkret zu wissen, wie es erfolgreich sein kann.

Dem Bürgermeister ist es gelungen, in dieser prekären Situation fast alle politischen Kräfte ins Boot zu holen, da sich außer der CDU niemand der Pflicht entziehen wollte, die tatsächlich oder vermeintlich verbliebenen Handlungsspielräume mitzugestalten.

Sie verstehen sicherlich, wovon ich hier spreche:

Es geht um die sogenannte Sparkommission.

Nun wird man - je nach Sichtwinkel - das Ergebnis der dort geleisteten Arbeit positiv oder negativ bewerten können.

Positiv wird es derjenige vermerken, der sich die der von der Politik an die Verwaltung zur Abarbeitung übergebene Liste anschaut und dabei anerkennend feststellen muss: Alles wunschgemäß erledigt!
Negativ dagegen erscheint sie dann, wenn man vorrangig die tatsächliche finanzielle Situation mit dem bereits erwähnten Fehlbetrag von 8,5 Millionen, das sind - anders ausgedrückt 8500 mal Tausend EURO - der Betrachtung zugrunde legt.

Um noch einmal auf das Bild des Bootes zurück zu kommen:

Klar, wir haben uns alle bemüht, der Situation gerecht zu werden. Aber haben wir dabei auch realisiert, dass es mit dem Boot bequemer geht, wenn man der Strömung folgt, und dass es dabei in der Regel abwärts geht?

Diese Strömung bestand und besteht meiner Meinung nach darin, dass man versuchte, keinem wehe zu tun und im Grunde alles so zu belassen, wie es ist. Dabei wurde als Grundlage der "politische Konsens" beschworen - und was dann dabei herauskam, war kein Umsteuern, kein mutiges "Es-geht-auch-anders", sondern ein Drehen an einer Justierschraube anstelle des Eingreifens in das Steuerrad.

Und genau das spiegelt der vorliegende Haushaltsentwurf wieder: Ich will nicht sagen, dass er ein Dokument angesammelter Hilflosigkeit ist, er ist aber eine Zustandsbeschreibung ohne Zukunftsperspektive.

Lassen Sie mich näher erläutern, wie ich zu dieser Einschätzung komme:
Als die Landesregierung beschloss, den Kommunen vorzugeben, ihren Haushalt von der Kamentalistik auf die Doppik umzustellen, fand das allgemein Beifall. Endlich, so hieß es, werde nun auch für den interessierten Bürger klar, wie es um die finanzielle Situation seiner Gemeinde bestellt sei und den Kommunalpolitikern werde ein Instrumentarium an die Hand gegeben, die Vorgänge leichter zu durchschauen, um daraus resultierend geeignete Handlungskonzepte zu entwickeln.

Für die Stadt kamen, die quasi im vorausseilendem Gehorsam als eine der ersten nach dem sogenannten NKF verfuhr, hat sich das als Trugschluss erwiesen.

Wir von der FDP haben in diesem Jahr die Probe aufs Exempel gemacht und versucht, ohne Hilfe der Verwaltung mit der Vorbereitung dieser Haushalts beratenden Sitzung zurecht zu kommen.

Ich muss sagen: Es ist uns nicht gelungen!

Ich denke aber nicht, dass wir dazu zu "blöd" waren, der Grund ist vor allem darin zu finden, dass der vorliegende Haushaltsplan eben genau die versprochene Klarheit und Wahrheit vermissen lässt.

Es fängt schon damit an, dass zwar der Fehlbetrag zwischen Erträgen und Aufwendungen benannt wird - es ist die eingangs zitierte Zahl von etwa 8,5 Millionen - eine entsprechende übersichtliche Aufstellung, die eigentlich auch der Bilanz vorangestellt wird, wie das in Unternehmen üblich ist, fehlt hingegen. Und für das Planungsjahr 2007 findet man die entsprechenden Angaben wenig übersichtlich lediglich sukzessive aufgelistet.

Ich habe soeben behauptet, dass ich uns nicht für "zu blöd" halte, oder anders ausgedrückt: dass es uns nicht an der intellektuellen Fähigkeit mangle, mit einem Haushaltsplan sachgerecht umgehen zu können - ich halte auch die Verwaltung für fähig genug, den Plan so zu präsentieren, dass man ihn leicht lesen könnte.

Ich frage mich nur: Warum hat sie es nicht getan? Warum ist der Vorbericht so knapp ausgefallen, warum werden die Zahlen, wo sie sich nicht eindeutig und unmittelbar herleiten lassen - nicht auch erläuternd kommentiert?

Ist nun diese mangelnde Transparenz ein Zufall oder steckt da etwas anderes hinter?

Wir von der FDP hegen den Verdacht, dass es sich bei dem umfangreichen Zahlenwerk doch wieder nur um einen in das Gewand des NKF gegossenen herkömmlichen kameralistisch konzipierten Haushalt handelt, also um alten Wein in neuen Schläuchen - damals eingeführt, um trickreich der drohenden Haushaltssicherung zu entgehen.

Wir argwöhnen zudem, dass das eine oder andere wohl verborgen bleiben soll, damit nicht offenbar wird, dass es so nicht weitergehen kann, dass es nicht mehr damit getan ist, an Stellschrauben zu drehen, sondern dass man der Bevölkerung eigentlich einschneidende strukturellen Veränderungen zumuten müsste.

Diese strukturellen Veränderungen könnten unserer Meinung nach in der Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen gefunden werden, was zwar für viele etwa weitere Wege oder höhere Nutzungs-Entgelte mit sich bringen könnte, aber durchaus auch eine gewisse Qualitätssteigerung zur Folge hätte.

Als Beispiel will ich hier nur das Beispiel der VHS anführen: In der letzten Ratssitzung wurde hier eine Resolution verabschiedet, die das Gespenst einer Bildungskatastrophe an die Wand malte; wegen fehlender Mittel sei eine qualitative Arbeit nicht mehr möglich. Als ich mir am 1. Dezember den Lokalteil der Stadt Bergkamen vornahm, musste ich mir die Augen reiben, war da doch zu lesen: "Die Angebote, die 2007 beginnen, zeigten, dass trotz geringerer Landesförderung, dafür aber mit viel Kreativität und Fantasie die Fortsetzung einer qualitätsvollen Arbeit möglich sei, erklärte der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses für Schule, Sport und Weiterbildung, Rüdiger Weiß."

Nun, wenn man in Bergkamen mit den Problemen besser umgehen kann, so sollte man doch das Gespräch mit den dortigen Verantwortlichen führen, um unseren Zweckverband auszudehnen bzw. neu zu gestalten suchen. Die GSW bietet beispielsweise die entsprechende Struktur an.

5

An dieser Stelle möchte ich mir auch eine kleinen Nebenbemerkung nicht verkneifen:

Der vorliegende Haushaltsplan, nachzulesen auf Seite 152, weist einen um exakt 20150 EURO geringeren Ansatz für die VHS aus als im Vorjahr, das ist mehr als die Landeskürzung ausmacht. Mir ist aber nicht bekannt, dass dagegen etwa jemand protestiert hätte.

Aber es musste ja eine Resolution gegen die Landesregierung her, auch wenn das wenig sinnvoll war.

Sinnvoller wäre sicherlich gewesen - in Absprache mit den Nachbarkommunen - eine konzertierte Protestaktion durchzuführen, um höheren Orts auf die Problematik aufmerksam zu machen, die der vorliegende Haushaltsplan wie folgt ausweist; ich zitiere auf Seite 10: "Die finanziellen Probleme der Kommunen sind ohne weitere finanzpolitische Soforthilfen und weitere Finanzreform nicht zu lösen. Die Kommunen können ihre finanzielle Handlungsfähigkeit nicht ohne weitere ausreichende Maßnahmen des Bundes und des Landes wiedererlangen" .

Zurück zum Eigentlichen:

Wenn bei der Einbringung des Haushaltes das künftige Drei-Säulen-Modell der Verwaltung vorgestellt wurde, so ist das sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung und ich möchte dafür mein uneingeschränktes Lob aussprechen.

Wir brauchen aber auch eine Verschlankung in den übrigen Bereichen, Zusammenlegung von Ausschüssen, klare Zuordnung der Produkte zu diesen Ausschüssen und der Verwaltungsgliederung.

Ich zitiere aus der allen Ratsmitgliedern zugegangenen Broschüre des nordrhein-westfälischen Innenministeriums mit dem Titel "Kommunalpolitik und NKF":

"Wenn im neuen kommunalen Haushalt die Ämter im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung für ihre Produktmittel verantwortlich sind, spricht viel dafür, auch die Aufgabenstellung der Fachausschüsse entsprechend zu verändern.

Für beide Seiten - Rat wie Verwaltung - ist es somit hilfreich, wenn die Zuständigkeit der Ausschüsse so zugeschnitten ist, dass für jedes Produkt der Verwaltung bzw. für jeden Produktbereich nur ein Ausschuss zuständig ist".

Die dann dort im Folgenden beschriebene Chance, über eine sinnvolle Neuorganisation der Ausschüsse nachzudenken, das hat auch im Jahre 3 von NKF in Kamen nicht oder noch nicht stattgefunden.

Ein anderer Vorteil der neuen Haushaltsführung besteht gemäß der vorgenannte Schrift darin, dass durch die doppelte Buchführung im NKF der tatsächliche Werteverzehr, also auch die Abschreibungen und Rückstellungen in der Kommune, sichtbar wird, was damit eine nachhaltige Haushaltswirtschaft garantiert.

Nun wird im vorliegenden Plan der Kamener Verwaltung dieser Werteverzehr kaum ersichtlich.

Es wird auch nicht klar, wie es weiter gehen soll.

Bei der Einbringung des Haushaltes war zwar die Rede davon, wichtige Vorhaben aufzuschieben, um sich damit Luft zu verschaffen, das ändert aber nichts daran, dass der Werteverlust auch in der Zeit des Aufschiebens entsteht und - als Folge davon - dass dann bei einer unumgänglich gewordenen Maßnahme das erforderliche Geld fehlt, wenn die Abschreibungen eben nur "bilanziert" worden waren, hingegen keine entsprechenden Rücklagen gebildet wurden.

Worauf gründet sich denn nun die Hoffnung des Kämmerers, dass später auch ohne Rücklagenbildung genug Geld da ist? Etwa auf wachsende Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die in späteren Jahren nur so sprudeln werden? Mag sein, dass es da eine Besserung gibt. Aber wir wissen doch alle nur zu genau, dass bezüglich der Gewerbesteuer meist die Redensart gilt: Träume sind Schäume, denn keine andere Steuer ist so konjunkturabhängig und so wenig langfristig kalkulierbar wie eben diese.

Und dann ist da noch eine Ungereimtheit: Der Kämmerer erwartet ein steigendes Aufkommen und gleichzeitig gleichbleibende oder sich gar steigernde Schlüsselzuweisungen.

Schön wäre es ja, aber ein Blick auf die Nachbargemeinde Bönen macht deutlich, dass es nichts ist mit dieser Parallelität:

Das Gewerbegebiet an der neugeschaffenen Autobahnanschluss-Stelle brummt nur so, und deshalb muss Bönen bei den Zuweisungen des Landes im Vergleich zum Vorjahr mit einem Minus von sage und schreibe 58,4% auskommen, die Schlüsselzuweisungen betragen dort nur noch rund 1,4 Millionen - im Vergleich zu unseren 17 Millionen ist das - die unterschiedliche Einwohnerzahl eingerechnet - nur noch ein Sechstel !

Also: Woher soll dann das Geld für die späteren notwendigen Investitionen kommen? Der Haushaltsplan gibt darauf keine Auskunft, es wird diesbezüglich überhaupt nichts sichtbar.

Ich wage es deshalb, nunmehr den eingangs zitierten Slogan der hauptverantwortlichen politischen Kraft vom Kopf auf die Füße zu stellen:

Das "Kamen" belasse ich allerdings oben - es sollte ja in all unseren Bemühungen an erster Stelle stehen - aber das "weiter" hole ich aus der zweiten Zeile in die erste; das Okay bzw. die gängige Abkürzung OK ist KO umzuwandeln, und es ergibt sich:

Kamen weiter so
dann bist du bald KO

Fazit:

Auch wenn konzediert werden muss, dass der vorgelegte Haushalt nach den Regeln der finanztechnischen Kunst aufgestellt wurde und in sich zumindest rechnerisch stimmig ist, werden wir ihm nicht zustimmen. Wir wollen damit ein mahnendes Zeichen setzen, das in der Bevölkerung so verstanden werden sollte:

Mischt Euch mehr ein und macht deutlich, was Ihr eigentlich von der Politik erwartet - was haltet Ihr für unverzichtbar und was nicht - denn der Verzicht wird künftig auf der Tagesordnung stehen müssen!

Ich danke Ihnen